

Discussion Paper SFM 24

Didier Ruedin

Wie würden Personen ohne den roten Pass wählen: Wahlverhalten von Ausländerinnen und Ausländern

Octobre 2010

Inhaltverzeichnis

1	Wie würden Personen ohne den roten Pass wählen: Wahlverhalten von Ausländerinnen und Ausländern	1
1	Stimmen Ausländerinnen und Ausländer anders als Schweizerinnen und Schweizer?	5
2	Eher links oder eher rechts?	6
3	Durchschnittlich wie alle andern auch	8
4	Danksagung	9
5	Referenzen	10

Eine junge Russin als Kandidatin für die Schweizer Volkspartei (SVP) Zürich in Küsnacht im Frühjahr 2010, ein schwarzer Kandidat für die SVP Neuchâtel im Winter 2004 - warum unterstützen Ausländerinnen und Ausländer ausgerechnet die SVP? Die SVP ist schließlich nicht bekannt dafür, besonders ausländerfreundlich zu sein. Trotzdem scheint die Partei gerade Personen mit Migrationshintergrund anzuziehen, welche die Partei unterstützen und als Kandidaten und Parteimitglieder sogar aktiv mitmachen. In Bezug auf Personen mit Migrationshintergrund stellen sich zwei Fragen: Gehen sie mehr oder weniger häufig wählen als geborene Schweizerinnen und Schweizer? Und unterstützen sie tendenziell eine bestimmte parteiliche Richtung?

In den meisten Regionen der Schweiz ist es Personen ohne Schweizer Pass verwehrt, bei Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Dabei geht vor allem in der Deutschschweiz oft vergessen, dass in einigen Kantonen und Gemeinden Ausländerinnen und Ausländer die Möglichkeit haben aktiv mitzureden und politisch mitzuentcheiden. Auf kantonaler Ebene besteht ein Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer in den Kantonen Jura und Neuenburg. Auf Gemeindeebene gibt es entsprechende Regeln in den Kantonen Freiburg, Genf, und Waadt; während einzelne Gemeinden in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Graubünden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Damit bestehen für Ausländerinnen und Ausländer in gewissen Landesteilen durchaus Möglichkeiten an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Diese Möglichkeiten beschränken sich vor allem auf lokale Politik, aber durch die Möglichkeit an Ständeratswahlen teilzunehmen bietet sich in den Kantonen Jura und Neuenburg die Gelegenheit Politik auf Bundesebene mitzugestalten.

Die Tatsache, dass gewisse Ausländer und Ausländerinnen die SVP unterstützen, kann als Widerspruch verstanden werden (May 2010). Dieser angebliche Widerspruch basiert auf zwei Annahmen: Erstens wird davon ausgegangen, dass Ausländer und Ausländerinnen als Gruppe spezifische Interessen haben. Zweitens wird die SVP als eine Partei dargestellt, die oft gegen (gewisse) Ausländergruppen politisiert. Auch wenn die Partei sich neulich unter dem Titel «Neue Heimat Schweiz» aktiv um gut integrierte Ausländer und Ausländerinnen bemüht (SVP 2010), sind die Grenzen zur Pauschalisierung nicht immer klar. Der Ton gewisser SVP Kampagnen wird manchmal als rassistisch aufgefasst (Chapman 2009). Angesichts dieser Annahmen können wir eine These ableiten: Ausländer und Ausländerinnen unterstützen andere Parteien anstatt der SVP, weil die SVP nicht ihre Interessen vertreten würde. Diese These trifft jedoch nicht zu.

1 Stimmen Ausländerinnen und Ausländer anders als Schweizerinnen und Schweizer?

Die Annahme, dass ein einzelner Faktor wie die Migrationserfahrung das Wahlverhalten von Personen dominiert, ist problematisch. In der Politikwissenschaft wird gemeinhin anerkannt, dass das Wahlverhalten von einzelnen Personen von vielen Faktoren abhängig ist, und es ist nicht einsichtig, warum dies bei Ausländern und Ausländerinnen anders sein sollte. Keine Partei vermag alle Interessen einer Person abzudecken. Es ist für alle Wählerinnen und Wähler bis zu einem gewissen Grad schwierig, zwischen den verschiedenen Parteien zu wählen, da Teilprogramme verschiedener Parteien für eine Person interessant sein können. Eine weitere Folge ist, dass die Parteimitglieder intern nicht alle gleicher Meinung sind, auch wenn sie nach außen ein anderes Bild abzugeben versuchen.

Resultate aus der Forschung können uns Hinweise über das Wahlverhalten von Ausländern und Ausländerinnen geben. Spezifisch zur Schweiz gibt es bislang wenige Untersuchungen (z.B. Cueni and Fleury 1994; Meister 2005; Meuli 2006; Savoldelli 2006).¹ Meuli stellt fest, dass politische Parteien sind zum Beispiel meist formell offen für Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, auch wenn wenige davon Gebrauch machen. Meister und Salvodelli beschäftigen sich mit den Einstellungen von eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizern. Einmal eingebürgert bevorzugen Schweizerinnen und Schweizer mit Migrationshintergrund tendenziell eher linke Parteien, speziell wenn sie zu kulturellen Gruppen gehören, die erwartungsgemäß eher diskriminiert werden. Es gibt nur wenige Sachfragen wo sich die Einstellungen von eingebürgerten Personen systematisch von geborenen Schweizerinnen und Schweizern unterscheidet. Cueni und Fleury kommen zu ähnlichen Schlüssen in ihrer Untersuchung des Wahlverhaltens von Ausländerinnen und Ausländern in den Kantonen Jura und Neuenburg: es scheint unwahrscheinlich dass die politische Landschaft signifikant von den Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst wird.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Erfahrungen aus anderen Ländern nicht vollkommen anders ausfallen, wo das Thema oft empirisch rigoroser angegangen wird. Aktuell wird das Wahlverhalten von Ausländern und Ausländerinnen besonders in Deutschland untersucht, aber auch Studien aus

¹ Seit Kurzem läuft unter baloti.ch ein Projekt das Ausländerinnen und Ausländerinnen die Möglichkeit gibt, nach einer Registrierung an Pseudowahlen und -Abstimmungen teilzunehmen, welche die effektiven Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz wiedergeben. Das Projekt wird von einem interdisziplinären Team am Zentrum für Demokratie Aarau in Zusammenarbeit mit der Universität Neuenburg durchgeführt.

Nordamerika können Aufschlüsse geben. Die Rolle von Parteien wird hier herausgehoben (Saalfeld 2010), und es wird der Frage nach gegangen, ob der Migrationshintergrund für das Wahlverhalten ausschlaggebend ist (Wüst 2006).

2 Eher links oder eher rechts?

Aus empirischen Untersuchungen wird deutlich, dass Ausländer und Ausländerinnen, wie auch Personen mit Migrationshintergrund, weniger in der Politik teilnehmen: sie wählen weniger häufig als die einheimische Bevölkerung, und sie engagieren sich weniger häufig in Parteien. Dieser Unterschied kann damit erklärt werden, dass der sozioökonomische Status vieler Ausländer und Ausländerinnen relativ tiefer ist; und der sozioökonomische Status ist einer der wichtigsten Faktoren für die Teilnahme in der Politik. Eine weitere Erklärung für die Unterschiede, die nicht mit Status erklärt werden können, ist das Sozialkapital von Migranten und Migrantinnen. Durch die Migration gehen für das Sozialkapital wichtige Verbindungen verloren; es wird jedoch beobachtet, dass je länger Ausländer und Ausländerinnen in einem Land leben, desto kleiner der Unterschied zur einheimischen Bevölkerung wird (Sharp 1955).

Eine andere Hypothese besagt, dass Ausländer und Ausländerinnen tendenziell gewisse Parteien unterstützen, und andere nicht. Obwohl es Unterschiede gibt, scheinen Ausländer und Ausländerinnen tendenziell eher linke Parteien zu unterstützen. Der Vorzug für linke Parteien variiert von Land zu Land, wobei diese Tendenz in der Schweiz verhältnismäßig stark ausgeprägt ist (Saalfeld 2010). In lokalen Wahlen in den Niederlanden wird festgestellt, dass Ausländer und Ausländerinnen vermehrt Kandidaten und Kandidatinnen der eigenen ethnischen Gruppe unterstützen, wenn diese zur Wahl stehen (Tillie 1998). Dies wird damit erklärt, dass Personen allgemein Mitglieder der eigenen Gruppe bevorzugen, ob diese Gruppe ethnisch oder anderweitig definiert wird. Außerdem gibt es konkrete Hinweise dafür, dass Ausländer und Ausländerinnen sich in gewissen Fragen eher von anderen Ausländern und Ausländerinnen vertreten fühlen, eine Tatsache, die analog auf Frauen zutrifft.

Der Vorzug für die eigene Gruppe erklärt aber nicht, warum linke Parteien bevorzugt werden. Dafür finden sich ideologische Gründe: Linke Parteien sind offener für Minderheiten und marginalisierte Gruppen der Gesellschaft, und setzen sich allgemein eher gegen Diskriminierung ein. Trotz dieser relativen Offenheit stellen die wenigsten linken Parteien Kandidaten und Kandidatinnen mit Migrationshintergrund in dem Maße auf, wie es deren Anteil in der Bevölkerung suggeriert (Saalfeld 2010). Interessant ist auch, dass Gruppen, die aufgrund ihrer Herkunft oder Religion eher diskriminiert

werden, sich tendenziell eher links orientieren, als solche, die der Mehrheitsbevölkerung ähnlicher sind.

Nicht alle Ausländer und Ausländerinnen bevorzugen linke Parteien. Politische Flüchtlinge aus kommunistischen Ländern, zum Beispiel, wählen tendenziell eher rechte Parteien. Dies wird mit einer anti-kommunistischen Einstellung erklärt, welche sowohl als Grund für die Flucht als auch als Grund für die Unterstützung der rechten Parteien gesehen wird. Allgemeiner gefasst wird festgestellt, dass Migrantinnen und Migranten ihre ideologische Ausrichtung nicht zu Hause lassen, wenn sie in ein anderes Land übersiedeln. Bei politischen Flüchtlingen ändert sich demnach nicht die Einstellung, sondern die Möglichkeit, diese politisch zum Ausdruck zu bringen. Auf ähnliche Weise wird festgestellt, dass Migranten und Migrantinnen aus Ländern mit demokratischer Tradition eher wählen gehen als solche aus anderen Ländern. Die persönliche Tendenz, sich politisch zu engagieren und welche Partei bevorzugt wird, reist gewissermaßen mit den Migranten und Migrantinnen mit.

Die Forschung zeigt aber auch auf, dass das Wahlverhalten von Ausländern und Ausländerinnen nur bedingt mit der Einstellung vor der Migration erklärt werden kann. In der Politikwissenschaft werden verschiedene Einflüsse auf das Wahlverhalten erkannt, einige davon festigen sich schon vor dem Erwachsenenalter. Für Ausländer und Ausländerinnen bedeutet dies, dass sie mit einer gewissen Präferenz für links oder rechts in ihr Zielland einwandern. Einmal niedergelassen, fassen Ausländer und Ausländerinnen das politische System aber gleich auf wie die einheimische Bevölkerung (Tillie 1998). Mit anderen Worten, geborene und eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer haben das gleiche Verständnis des politischen Raums.

In den USA wurde wiederholt der Einfluss der internen Migration auf politische Einstellungen untersucht. Von Interesse ist zum Beispiel, wie sich die Einstellungen verändern, wenn Personen von der Stadt in die Agglomeration ziehen, oder von einem Staat in einen anderen. Es wurde festgestellt, dass sich die Einstellungen schon zu ändern beginnen, bevor die Personen umziehen (Kasperson 1969). Nicht alle Personen ändern jedoch ihre Einstellungen und Vorlieben für gewisse Parteien im gleichen Ausmaß: Personen, die sich mehr für Politik interessieren und sich mehr engagieren, ändern ihre Einstellungen eher als Personen, welche sich nicht sehr für Politik interessieren (Brown 1988).

Diese Erkenntnisse zeigen auf, dass traditionelle Ansätze zum Wahlverhalten die langfristigen und stabilen Einflüsse überschätzen. Es scheint vielmehr, dass Migranten und Migrantinnen ihr Wahlverhalten den lokalen Gegebenheiten anpassen (Fidrmuc and Doyle 2004, siehe auch: Inglehart and Norris 2009). Auch wenn Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen

von Ausländerinnen und Ausländern beziehungsweise Personen mit Migrationshintergrund festgestellt werden können, scheinen die Unterschiede zwischen den Zielländern oder -Regionen viel markanter zu sein (Saalfeld 2010). Die Tendenz, dass Ausländer und Ausländerinnen eher links wählen, ist demnach weniger ausschlaggebend als die Tatsache, dass das Wahlverhalten in den verschiedenen Einwanderungsländern und -Regionen sich wesentlich unterscheidet. Das Wahlverhalten von spezifischen Gruppen von Ausländern und Ausländerinnen ist dem der lokalen Bevölkerung näher als dem Wahlverhalten der gleichen Gruppe an einem anderen Ort.

3 Durchschnittlich wie alle andern auch

Aufgrund dieser Erkenntnisse lässt sich feststellen, dass Ausländer und Ausländerinnen und Personen mit Migrationshintergrund gar keine Außenseiter sind. In ihrem politischen Verhalten unterscheiden sie sich nur unwesentlich von der lokalen Bevölkerung, und bestehende Unterschiede scheinen sich zu vermindern, je länger die Ausländer und Ausländerinnen im Land wohnen.

Wenn es darum geht, eine Partei zu unterstützen, dann gibt es fast immer Kompromisse und Abstriche. Dies rührt daher, dass Parteien, um erfolgreich zu sein, Programme zusammenstellen müssen, die für relativ große Gruppen attraktiv sind. Solche Kompromisse sind alltäglich in der Politik und betreffen Parteien von links nach rechts. Grund dafür sind die verschiedene Rollen die wir alle in der Gesellschaft inne haben, und die mit zum Teil widersprüchlichen Interessen verbunden sind: als Mutter will ich sichere Straßen, als Autofahrerin auf dem Weg zu einer Klientin schnelle, als Radfahrerin am Sonntag ruhige, usw. Die Politik der SVP ist hier keine Ausnahme und bringt verschiedene Facetten unter einen Hut. Ausländer und Ausländerinnen, die in der SVP mitmachen, sind sich dessen bewusst (Sammali 2004).

Der Widerspruch zwischen einer Partei mit nicht Ausländer-freundlicher Politik und der Tatsache, dass gewisse Ausländerinnen und Ausländer diese Partei unterstützen, schwächt sich weiter, wenn das Programm der SVP genauer betrachtet wird. Die SVP stellt sich nicht pauschal gegen Ausländerinnen und Ausländer, sondern gegen so genannt schlecht integrierte und solche, die von der Partei als problematisch aufgefasst werden. Zum einen muss hier daran erinnert werden, dass eingebürgerte Personen gut genug integriert und motiviert waren, das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben. Es stellt keinen Widerspruch dar, sich in der Folge als gut integrierter Ausländer oder eine gut integrierte Ausländerin zu sehen, und gegen so genannt schlecht integrierte oder problematische Ausländer und Ausländerinnen zu politisieren. Zum andern besteht hier ein Problem der

externen Klassifikation. Auch wenn Politiker, die Medien und gewisse Sozialwissenschaftler es oft anders sehen: wer eingebürgert ist, kann sich als Schweizer oder Schweizerin betrachten, und in diesem Fall auch pauschal gegen Ausländer und Ausländerinnen sein – zu dieser Gruppe gehören sie nicht mehr. Hier stellt sich die Frage, ob es relevant ist, dass jemand früher einmal einen anderen Pass hatte. Schließlich wird ja gemeinhin gefordert, dass sich Ausländer und Ausländerinnen gut integrieren und mit der Schweiz identifizieren.

Ausländer und Ausländerinnen sowie Personen mit Migrationshintergrund, welche die SVP unterstützen und aktiv am Parteileben mitmachen, sind nicht notwendigerweise überassimilierte Personen, wie in den Medien manchmal spekuliert wird, sondern es handelt sich um durchschnittliche Wähler und Wählerinnen. Migranten und Migrantinnen passen sich an die lokalen Gegebenheiten an, weil das Umfeld für das Wahlverhalten dominant ist. Dies trifft besonders auf Personen zu, die politisch interessiert und aktiv sind.

Ausländer und Ausländerinnen bilden nicht eine einheitliche Gruppe. Auch wenn es Tendenzen zu leicht abweichendem Wahlverhalten gibt, kann festgestellt werden, dass Ausländer und Ausländerinnen und Personen mit Migrationshintergrund sich politisch sehr ähnlich wie die übrige lokale Bevölkerung verhalten. Aus diesem Grund scheint die Möglichkeit, das Stimm- und Wahlrecht auf Ausländerinnen und Ausländer auszuweiten, eine gute Möglichkeit, politisch interessierte Ausländer und Ausländerinnen besser zu integrieren. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass dies die politische Landschaft nachhaltig verändern würde. Ein solcher Schritt würde hingegen positive Anreize schaffen, um interessierte Ausländer und Ausländerinnen politisch besser einzubinden.

4 Danksagung

Ich möchte Pascale Steiner (Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM)) und Silvia Schönenberger (Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM), Universität Neuenburg) für Ihre Kommentare und Beiträge danken. Silvia Schönenberger war so freundlich, das Manuskript kritisch gegenzulesen, und Pascale Steiner half mit kritischen und nützlichen Kommentaren sowie konkreten Überarbeitungen das Manuskript fertigzustellen.

5 Referenzen

- Brown, T. 1988. *Migration and Politics: The Impact of Population Mobility on American Voting Behavior*. London: University of North Carolina Press.
- Chapman, M. 2009. Strassburg beschwert sich über «rassistischen» Ton der SVP. *Tages-Anzeiger*, September 15, sec. Schweiz. <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Strassburg-beschwert-sich-ueber-rassistischen-Ton-der-SVP/story/31236488>.
- Cueni, A., and S. Fleury. 1994. *Etrangers et droits politiques - L'exercice des droits politiques des étrangers dans les cantons de Neuchâtel et du Jura*. Bern: UNESCO.
- Fidrmuc, J., and O. Doyle. 2004. Voice of the diaspora: An analysis of migrant voting behaviour. *William Davidson Institute Working Paper* 712. <http://download.scientificcommons.org/391105>.
- Inglehart, R., and P. Norris. 2009. Muslim integration into Western cultures: Between origins and destinations. *HKS Faculty Research Working Paper Series* 9, no. 7. <http://web.hks.harvard.edu/publications/workingpapers/citation.aspx?PubId=6478>.
- Kasperson, R. E. 1969. On suburbia and voting behavior. *Annals of the Association of American Geographers* 59, no. 2: 405–411.
- May, M. 2010. Junge Russin entpuppt sich als Albtraum der netten Linken. *Tages-Anzeiger*, February 20, sec. Rechtes Ufer. <http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/rechtes-ufer/Russin-entpuppt-sich-als-Albtraum-der-netten-Linken/story/10005885>.
- Meister, C. 2005. *Das Wahlverhalten der Eingebürgerten in der Schweiz*. Licentiate, Zürich: University of Zurich.
- Meuli, U. 2006. *Ausländerinnen und Ausländer in den Parteien des Kantons Aargau: Stand und Perspektiven der Integration von Ausländern in den Aargauer Lokalparteien*. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Saalfeld, T. 2010. *Toward a Strategic Model of Minority Participation and Representation* presented at the International Conference of the Council for European Studies, April 15, Montreal.
- Sammali, G. 2004. Noir et membre de l'UDC. *Le Matin*, January 16, sec. Suisse.

- Savoldelli, M. 2006. *Politische Einstellungen: Eingebürgerte Personen und gebürtige Schweizer und Schweizerinnen im Vergleich*. Licentiate, Zürich: University of Zurich.
- Sharp, H. 1955. Migration and voting behavior in a metropolitan community. *Public Opinion Quarterly* 19, no. 2: 206-209. doi:10.1086/266562.
- SVP. 2010. *Erstes Treffen der SVP-nahen Gruppe "neue Heimat Schweiz"*. Schweizerische Volkspartei. May 22. http://www.svp.ch/g3.cms/s_page/80730/s_name/newsschlagzeile/newsContractor_id/0/newsID/2057/newsContractor_year/2010.
- Tillie, J. 1998. Explaining migrant voting behaviour in the Netherlands. Combining the electoral research and ethnic studies perspective. *Revue européenne des migrations internationales* 14, no. 2: 71–95.
- Wüst, A. 2006. Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten. *Der Bürger im Staat*.